

## **Bürgerinitiativen fordern Windkraft-Moratorium**

MAZ online / Artikel aktualisiert: Sonntag, 26.11.2017 22:27 Uhr / Von Torsten Gellner

**Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland haben ein Windkraft-Moratorium und die Einberufung einer unabhängigen Expertenkommission zur Energiewende gefordert. Die beste Technologie müsse sich durchsetzen, heißt es. Windkraft und Photovoltaik seien als Säulen für die Energiewende ungeeignet.**

**Berlin/Potsdam.** Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland haben ein Windkraft-Moratorium und die Einberufung einer unabhängigen Expertenkommission zur Energiewende gefordert. „Die beste Technologie muss sich durchsetzen“, sagte Nikolai Ziegler vom Dachverband „Vernunftkraft“ am Samstag bei einer Vorstandstagung in Berlin. „Die Hektik, mit der die Energiewende in Deutschland vorangetrieben wird, ist zu hinterfragen.“ Schließlich sei Deutschland nur für 2,1 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen zuständig. Trotz massiver Subventionen sei das ökologische Versprechen durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien bislang nicht eingetreten, argumentiert Ziegler. Es sei schizophoren, Windräder im Wald bauen zu wollen und dafür Bäume als wichtige CO<sub>2</sub>-Speicher abzuholzen. Im Dachverband „Vernunftkraft“ sind nach eigenen Angaben rund 800 Bürgerinitiativen organisiert.

Inzwischen vertritt der Verband nach eigenen Angaben rund 800 Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland. Waltraud Plarre aus Kloster Lehnin (Potsdam-Mittelmark) wurde bei der Tagung zur Medienbeauftragten in den Vorstand gewählt.

Seit 1990 hat sich der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung durch Windkraft, Geothermie, Photovoltaik und Biomasse mehr als verzehnfacht. 2016 machten erneuerbare Energiequellen mit 188,2 Milliarden Kilowattstunden laut Bundeswirtschaftsministerium rund 29 Prozent der Bruttostromerzeugung aus. Und doch, so argumentieren die Windkraftgegner, spielten dabei Windräder und Solaranlagen eine untergeordnete Rolle. „Windkraft und Photovoltaik eignen sich nicht als Säulen einer Energiewende“, so Ziegler.

Sein Verband stelle den Klimawandel nicht infrage und halte auch nichts von weiteren Braunkohletagebauen, beteuerte er. „Wir müssen die Forschung voranbringen und aufhören, uns bei der Energiewende auf den Strommarkt zu konzentrieren.“ Außerdem müsse viel stärker über die Energieeinsparungen geredet werden, anstatt weiterhin ohne Masterplan hochsubventionierte Windräder zu bauen. Der Strommarkt sei ohnehin nur für ein Fünftel des Energieverbrauchs verantwortlich. Bei der Wärmeerzeugung und im Verkehr seien aber so gut wie keine Fortschritte zu beobachten, so Ziegler.

Das sieht auch die Agentur für Erneuerbare Energien durchaus kritisch, schließlich wird für die Wärmeerzeugung in Deutschland etwa doppelt so viel Energie benötigt wie für die Stromversorgung. „Bei der Wärmeerzeugung entstehen in Deutschland mehr als ein Drittel aller energiebedingten Klimagas-Emissionen“, sagte Agenturchef Philipp Vohrer vergangene Woche. „Wir müssen daher den Blick auf den Wärmesektor richten.“ Denn hier geht die Energiewende kaum voran, wie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) kritisierte. „Wir brauchen nicht nur die Strom- und Verkehrswende, sondern auch die Wärmewende“, forderte VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche. Die nächste Bundesregierung müsse dafür „intelligente Lösungen“ präsentieren.